

## **Gescheitert an der langen Frist; Serie Reformbaustelle Deutschland/Teil 5:**

**Alterssicherung / Deutschland muss sich ändern, um die Zukunft zu meistern. Was hat die rot-grüne Regierung begonnen, und wo besteht Nachholbedarf? Die fünfte Folge der FTD-Serie widmet sich der Alterssicherung.**

Vielleicht ist die rot-grüne Koalition an der Zeit gescheitert. Nicht an der Arbeitslosigkeit, nicht am ausbleibenden Wachstum und auch nicht an den immer neuen Löchern im Bundeshaushalt. Sondern einfach an der Zeit. Weil sie sich nicht dehnen oder komprimieren lässt, weil sich ein kurzfristiges gravierendes Problem nicht auf unmerkliche 40 Jahre strecken und weil sich ein Erfolg von 40 Jahren nicht pressen lässt in eine einzige Legislaturperiode.

Neben dem Arbeitsmarkt hat diese Regierung in kaum einem anderen Politikbereich so viele Reformen in Kraft gesetzt wie in der Alterssicherung. Und dennoch denken die meisten Menschen hier zu Lande nur an Rentenkrise, Rentenloch oder die Rente auf Pump, wenn sie an ihre Alterssicherung denken.

Die Stichwörter der Politik sind andere: Riester-Rente, Nachhaltigkeitsgesetz und Umstieg auf die nachgelagerte Besteuerung der Alterseinkünfte lauten die wichtigsten Wegmarken der vergangenen sieben Jahre von Rot-Grün.

(...)

Die Koalition pries ihr Werk als "Jahrhundertreform". Aber ein Jahrhundert kann fürchterlich lang sein. Keine zwei Jahre später musste Bundeskanzler Gerhard Schröder angesichts immer neuer Löcher in den Rentenkassen eingestehen, dass die Riester-Reform nicht reiche. Gleich zwei neue Kommissionen machten sich daraufhin an die Arbeit und legten Vorschläge vor: Das Rentenniveau sollte weiter gesenkt werden, und schließlich sollten die Renten stärker als bisher besteuert werden.

Seit Beginn dieses Jahres gelten die Rentenreformen II und III. Zusammen mit der ersten soll das Rentenniveau so in den kommenden 35 Jahren von heute 53 Prozent auf unter 42 Prozent im Jahr 2040 sinken. Im Gegenzug soll der Rentenbeitrag nicht über 22 Prozent der Löhne und Gehälter steigen. Die Steuerreform sorgt zudem dafür, dass Renten in den nächsten 35 Jahren schrittweise stärker besteuert und Beiträge nach und nach von der Steuer befreit werden.

Von gleich mehreren "Paradigmenwechseln" spricht der Darmstädter Ökonom Bert Rürup deshalb. Und selbst sein Freiburger Kollege Bernd

Raffelhüschen, der sonst keine Gelegenheit für Kritik an den Sozialsystemen auslöst, räumt ein: "Im Gegensatz zu dem, was die Bevölkerung glaubt, sind die langfristigen Probleme der Rentenversicherung erledigt."

Doch genau hier beginnt wieder die Sache mit der Zeit. Denn die Einschnitte sind an den meisten Bürgern unbemerkt vorbeigegangen. Fast 60 Prozent aller Haushalte werden mit dem aktuellen Sparverhalten die sich abzeichnenden Lücken in der gesetzlichen Rente nicht mehr ausgleichen können, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Axel Börsch-Supan. Noch immer sei die Riester-Rente zu kompliziert und unattraktiv. Börsch-Supan fordert deswegen, Betriebsrenten für alle Arbeitnehmer verpflichtend zu machen. Nur auf Antrag sollten sie sich befreien lassen können.

Dieses Modell favorisieren auch CDU und CSU. Hinzu kommt die Anhebung des Renteneintrittsalters von heute 65 auf 67 Jahre, die zumindest intern in allen Parteien Konsens ist. Offen gibt das allerdings noch niemand zu.

(...)

Der vollständige Artikel erschien in der Financial Times Deutschland am 5. August 2005.